



Sozialausschuss
Der Vorsitzende

Kiel, 23. Oktober 2020
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1142
(0431) 988 1171
Fax (0431) 988 610 1180
Sozialausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzb e r i c h t

über die 60. Sitzung des **Sozialausschusses**

am Donnerstag, dem 22. Oktober 2020, 14:00 Uhr
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

Beginn: 14:05 Uhr

1. **Aktueller Sachstand zum Coronavirus**

Der Ausschuss nahm einen Bericht von Sozialminister Dr. Garg zu dem aktuellen Sachstand zur Ausbreitung des Coronavirus und damit zusammenhängender Themen entgegen. Es schloss sich eine Diskussion an.

2. **Bericht der Landesregierung über den aktuellen Sachstand zum Thema Frauenmilchbanken**

Antrag des Abg. Christian Dirschauer (SSW)
Umdruck 19/4521

Auf Antrag des Abg. Dirschauer nahm der Ausschuss einen Bericht von Vertreterinnen der Frauenmilchbankinitiative entgegen.

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (Jugendförderungsgesetz - JuFöG -)**

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/1632

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW

Umdruck 19/4639

Nachdem sich bei einer ziffernweisen Abstimmung des Änderungsantrags der Koalitionsfraktionen, Umdruck 19/4639, die SPD-Fraktion bei Punkt 3 enthalten hatte, während die anderen Punkte jeweils einstimmig angenommen worden waren, empfahl der Sozialausschuss dem Landtag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und des Abgeordneten des SSW bei Enthaltung der Fraktion der SPD die Annahme des Gesetzentwurfs in so geänderter Fassung.

4. **Entwurf eines Krankenhausgesetzes für das Land Schleswig-Holstein - Landeskrankenhausgesetz (LKHG)**
Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 19/2042

Der Ausschuss kam überein, über den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 19/2042, in seiner Sitzung am 12. November 2020 erneut zu beraten und in seiner Sitzung am 26. November 2020 dem Landtag ein Votum zuzuleiten.

5. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Rettungsdienstgesetzes**
Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/1987 (neu)

Nachdem der von den Koalitionsfraktionen vorgelegte Änderungsantrag, Umdruck 19/4696, einstimmig angenommen worden war, empfahl der Sozialausschuss dem Landtag ebenfalls einstimmig, den Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/1987 (neu), in geänderter Fassung anzunehmen.

6. **Kurzzeitpflege in Schleswig-Holstein bedarfsgerecht sicherstellen**
Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/1917

Rahmenbedingungen für die Kurzzeitpflege endlich verbessern
Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/1951

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen empfahl der Ausschuss dem Landtag den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/1917, zur Ablehnung. Einstimmig empfahl er dem Landtag sodann den Alternativantrag der Koalitionsfraktionen, Drucksache 19/1951, zur Annahme.

7. **Mindestlohn auch für Jugendliche**
Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/1864

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und des SSW bei Enthaltung der Fraktion der SPD beschloss der Ausschuss, sich dem Votum des federführenden Bildungsausschusses anzuschließen, und schloss damit seine Beratungen ab.

8. **Gleiche Sicherheitsstandards für Medizinprodukte wie bei Medikamenten**
Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/1085

Der Ausschuss kam überein, sich zum Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/1085, im ersten Quartal 2021 mündlich von der Landesregierung Bericht erstatten zu lassen.

9. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes**
Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/1982

Mit Zustimmung des Antragstellers empfahl der Sozialausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/1982, für erledigt zu erklären.

10. Verschiedenes

Abg. Pauls setzte sich kritisch mit der von der Landesregierung herausgegebenen Pressemitteilung zur Erweiterung der Maskenpflicht nach den Darstellungen von Minister Dr. Garg zur aktuellen Situation im Zusammenhang mit der Coronaviruspandemie in der Ausschusssitzung auseinander.

Schluss: 17:05 Uhr

gez. Thomas Wagner